

Ich werde den Gründonnerstag nicht vergessen, wo wir mit 200 Erwachsenen und vielen Kindern vor verschlossener Kirche standen und auch nicht hineinkamen, obwohl wir für den Abend angemeldet waren: „Ihr seid Juden, und Juden haben in der Kirche nichts zu suchen!“ Die Benediktiner stellten uns dann ihre Kirche zur Verfügung. Der anschließende Kreuzweg in einem Ölhain im Kiddrontal und die Nachtwache standen unter dem Thema „Bitte um Versöhnung“. Wir sind in zweifacher Weise eine Minderheit, als Christen unter den Juden und als hebräische Christen unter den arabischen Christen. In den Augen der Juden sind wir für 2000 Jahre Judenverfolgung verantwortlich bis in die Neuzeit, und in den Augen der Araber sind wir für alles verantwortlich, was zwischen Israel und den Arabern geschieht. Beide Seiten betrachten uns mit Mißtrauen.

Der neue römisch-katholische Patriarch von Jerusalem, Michael Sabbah, hat bei seinem Besuch in den (vier) hebräischen Gemeinden wiederholt darauf hingewiesen: „Die arabischen Christen leben in einem moslemischen Umfeld und die hebräischen Christen in einem jüdischen Umfeld, das sollte sie befähigen, gemeinsam Brücken zwischen den beiden Völkern zu bauen.“ Das ist unsere Aufgabe und unser Auftrag.

Die Zahl der arabischen Christen beträgt 2,3% der Gesamtbevölkerung und 7% der arabischen Bevölkerung des Landes, mit der Tendenz zur Emigration, die den Moslems fremd ist. Die Christen wollen mit den nicht-christlichen Arabern loyal zusammengehen, das wird durch den moslemischen Fundamentalismus immer schwieriger. Die im hebräischen Umfeld integrierten Christen sind ca. 1% der gesamten jüdischen Bevölkerung und sind zu kurz im Land, um eine in sich gefestigte Stellung zu den aktuellen und politischen Problemen zu beziehen. Das alles zeigt, daß auch hier das Wollen und das Wirklichen noch weit voneinander entfernt sind.

In diesem Klima müssen nun Christen, die nach fast 2000 Jahren in das Land der Anfänge des Christentums zurückkehren, ihren Weg zu den Wurzeln und zur eigenen Identität suchen. Im Laufe der Jahre kamen mit den verschiedenen Einwanderungswellen Christen anderer Kirchen in unsere Gemein-

den. Hier ist die hebräische Sprache das Einende. Die trennenden Unterschiede sind uns bewußt, dies sind aber theologische Unterschiede, die das Gemeindeleben nicht berühren.

Von Anfang an nannten wir uns „Notzrim“ nach Jesus von Nazareth (Mt 2, 23); diese Bezeichnung ist auch den Juden geläufig, zunächst noch mit dem Zusatz „katholisch“ oder „orthodox“, bis wir auch hier den Anachronismus feststellten. Zu Beginn konnte man Juden- oder Heidenchrist sein, aber alle gehörten zu der einen Kirche. Später bezeichneten wir uns als Notzrim hebräischer Sprache. Heute nennen wir uns „Notzrim Ivriim“.

Seit den 60er Jahren beschäftigt man sich in der Theologie intensiv mit den Anfängen der Urgemeinde in Jerusalem, bis dahin wurde sie nur als eine historische Tatsache betrachtet. Es erschien eine Fülle von Literatur zu diesem Thema. Doch Theorie und Praxis befruchteten sich nicht gegenseitig, wie zu erwarten gewesen wäre, sondern stehen sich eher skeptisch gegenüber. Wie sich die Urkirche sehr schnell im hellenistisch-römischen Kulturraum total integriert und inkulturisiert hat, so weit, daß die typisch jüdischen Elemente fast nicht mehr erfahrbar sind, so müßte der umgekehrte Weg auch heute möglich sein. Auch die Juden müssen nach fast 2000 Jahren Diaspora ihre eigene Identität unter den neuen Umständen, Land, Sprache, Kultur, wiederfinden. Hier sind wir in einem gemeinsamen Lernprozeß. Dabei sollten uns die Christen bestärken und nicht behindern.

Joachim Garstecki

Aufbruch aus dem Getto

Die Ökumenische Versammlung in der DDR

Der konziliare Prozeß in der DDR war nicht nur durch seinen theologischen Tiefgang und durch die starke Basisbeteiligung gekennzeichnet, er hat besonders auch die katholische Kirche verändert.

red

Im Eröffnungsgottesdienst der dritten und letzten Sitzung der Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR in der Kathedrale zu Dresden berichteten Delegierte aus verschiedenen Kirchen über ihre Erfahrungen in den Gemeinden. Eine Frau erzählte, was sie in einer kleinen evangelischen Dorfgemeinde am Rande der Dübener Heide, nördlich von Leipzig, erlebt hatte. Zu ihrer Überraschung hatte sich die Gemeinde bei der Vor-Auswahl der Textentwürfe für das Thema „Kirche des Friedens werden“ entschieden und wollte darüber etwas hören. Es handelte sich um eine Vorlage, die unter allen zwölf Textentwürfen der Ökumenischen Versammlung am wenigsten auf ein bestimmtes „Sach-Thema“ schließen ließ, die aber am deutlichsten die praktischen Konsequenzen der Auseinandersetzung mit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für das Kirche-Sein der Kirche – und nicht nur für ihr Handeln – zu beschreiben versuchte. Dieser Text war gewissermaßen die ekklesiologische Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit der Umkehr der Kirchen im konziliaren Prozeß. Aber davon wußte die Gemeinde natürlich nichts.

Die Verwunderung der Frau wurde noch größer, als sie am verabredeten Abend eine fast gefüllte Kirche vorfand – in einer Gegend von allenfalls mäßig bis schwach entwickelter Kirchlichkeit. Fast alle waren gekommen, nur der Pfarrer nicht. Und dann stellte sich heraus, was diese Gemeinde gerade an diesem Thema so interessierte. Sie lebte seit längerem in einem heftigen Streit mit ihrem Pfarrer. In dem Wissen, daß Streit und Unfrieden Wesen und Auftrag einer christlichen Gemeinde entstellen und unfähig zum Zeugnis für das Evangelium machen, hatte die Gemeinde das Thema „Kirche des Friedens“ gewählt. Darin schien ihr etwas ausgesagt, was dazu beitragen konnte, den Konflikt zu lösen; eine Vision von Kirche sollte klärend und heilend die unerträgliche Situation überwinden helfen. Noch vor seiner endgültigen Verabschiedung hatte ein Text der Ökumenischen Versammlung einen „Sitz im Leben“ der Gemeinde bekommen.

Das kleine Beispiel steht stellvertretend für ungezählte Erfahrungen, die die rund 170

Delegierten und Berater aus 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften im Verlauf des gemeinsamen Weges zwischen Februar 1988 und April 1989 in Gemeinden und Gruppen in der DDR gemacht haben. Es zeigt freilich auf besonders glückliche Weise, wie der Arbeitsprozeß der Delegiertenversammlung mit den Hoffnungen, Erwartungen und Beschwerden der „Basis“ verknüpft war. Nicht immer wurde dabei nur Zustimmung laut. Ebenfalls aus einer Landgemeinde kam nach der Vorstellung von Textentwürfen die Frage, ob die Ökumenische Versammlung ihre Einsichten denn unbedingt in einer Sprache formulieren müsse, die erst vom Ausbildungsniveau eines Abiturienten an aufwärts verstanden werde, die aber einer Frau aus der Schalkküche oder einem Traktoristen verschlossen bleibe. Die Vermittlung der Ergebnisse der Versammlung an jene Christen im Lande, die ebenso wie die bereits Engagierten von den Lebens- und Zukunftsproblemen der Gesellschaft betroffen sind, diese aber viel unmittelbarer und weniger akademisch ins Wort bringen, bleibt eine wichtige Aufgabe im jetzt beginnenden Rezeptionsprozeß in den beteiligten Kirchen.

Ein auf Beteiligung angelegtes Konzept

Ein weitsichtiges, von Beginn an auf Beteiligung der Gemeinden und christlichen Gruppen in der DDR angelegtes Konzept hat mit dafür gesorgt, daß der konziliare Prozeß in der DDR zu einem echten partizipatorischen Vorgang geworden ist. Es hat zwei Phasen einer ausdrücklich erbetenen Mitwirkung der Gemeinden gegeben: unmittelbar vor Beginn der Versammlung im Winter 1987/88 und zwischen der zweiten und dritten Sitzung im Spätherbst/Winter 1988/89. 1987 hat die Vorbereitungsgruppe in einem DDR-weit verbreiteten Faltblatt unter dem Motto „Eine Hoffnung lernt gehen – geht mit!“ gefragt: „Welche Aufgaben der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung soll die Versammlung beraten? Was sollen Christen und ihre Kirchen in der DDR in diesen Aufgabenbereichen tun?“ Innerhalb von drei Monaten gingen daraufhin der Versammlung über 10.000 Zuschriften mit Vorschlägen, Bitten und Anregungen zum Inhalt ihrer Arbeit zu. Sie waren maßgebend

für den deutlich „kontextuellen“ Ansatz, den die Delegierten übernahmen und der die am 30. April 1989 verabschiedeten zwölf Beschluß-Texte kennzeichnet¹. Als Reaktion auf die im Oktober 1988 zur Diskussion freigegebenen Textentwürfe waren zuvor bis Ende Februar 1989 ca. 1400 zum Teil sehr ausführliche Stellungnahmen eingegangen, die bei der abschließenden Redaktion der Texte berücksichtigt wurden.

Die thematische Offenheit und partizipatorische Struktur der Versammlung erwiesen sich für die Aufnahme des konziliaren Prozesses und seiner drei großen Anliegen in den Kirchen in der DDR als besonders hilfreich. Sie machten es möglich, die Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen unmittelbar auf die Situation in der eigenen Gesellschaft zu beziehen. Der fundamentale Mangel an gesellschaftlicher Partizipation in der DDR hat dazu geführt, daß die Ökumenische Versammlung „DDR-interne“ Probleme in großer Deutlichkeit in ihren Beschlußtexten angesprochen hat und so selber zu einem exemplarischen Vorgang partizipatorischen Lernens werden konnte. Sie hat die eigene Situation in eine weltweite Perspektive gestellt und die so gewonnene Ökumenizität in bewußter Kontextualisierung zur Wirkung gebracht. So spricht die Versammlung zum Beispiel dort am überzeugendsten über die Verpflichtung zur ökumenischen Solidarität mit den Völkern in der Zwei-Drittel-Welt, wo sie die Schwierigkeiten ausländischer Bürgerinnen und Bürger, die in der DDR leben und arbeiten, behandelt. Das Verhältnis von „Globalem“ und „Lokalem“ im konziliaren Prozeß ist für die Kirchen in der DDR durch die Ökumenische Versammlung in den Mittelpunkt ökumenischen Lernens gerückt. Es bedarf auch künftig einer verstärkten Aufmerksamkeit.

Der besondere Handlungsbedarf katholischer Gemeinden

Das gilt grundsätzlich für alle Gemeinden in der DDR unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit. Für die katholischen Gemeinden besteht insofern ein besonderer Handlungsbedarf, als sie auf Grund ihrer traditio-

nellen Minderheitssituation und des Lebens in einer säkularen und ideologischen Diaspora in der Vergangenheit eine Getto-Mentalität ausgebildet haben, die sich in einer starken gesellschaftlichen Abstinenz äußert. Diese Haltung erscheint nun im Licht der Ökumenischen Versammlung endgültig als obsolet. Es ist nicht mehr möglich, konkrete Aufgaben christlicher Weltverantwortung wie bisher an die „Weltkirche“ zu delegieren. Die Ökumenische Versammlung hat die katholische Kirche in der DDR um eine wichtige ökumenische Erfahrung bereichert. Sie hat unter den 31 katholischen Delegierten und Beratern einen Lernprozeß eröffnet, in dem viele ökumenische und auch gesellschaftliche Berührungspunkte abgebaut wurden und der sich nun über den kleinen Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus den Gemeinden mitteilen muß. „Die Frage nach der Vermittlung des gemeinsam Erreichten ist damit die Frage nach dem strukturellen Ort in der Kirche für das Engagement in Sachen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dieser Ort ist die Gemeinde.“²

Eine neue Qualität der Ökumene

Die guten Erfahrungen der Ökumenischen Versammlung haben insgesamt in eine neue Qualität von Ökumene zwischen den Kirchen in der DDR geführt. Sie bestätigen nachträglich jene katholischen Stimmen, die bereits 1986, als an eine volle katholische Mitbeteiligung am konziliaren Prozeß in der DDR noch nicht zu denken war, für ein gemeinsames Handeln aller Kirchen plädierten. Zu ihnen zählt der „Aktionskreis Halle“, eine seit 1969 bestehende Gruppierung kritischer katholischer Christen, die im September 1986 die erste größere Dokumentation zum konziliaren Prozeß in ihrem Briefdienst veröffentlichte. Etwa gleichzeitig hatte der Erfurter Bischof Dr. Joachim Wanke in einem Grußwort vor der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erklärt: „Die Einheit der Christen im Handeln ist eine Dimension der ökumenischen Bemühungen, die mehr und mehr in ihrer Bedeu-

² Prof. Dr. Lothar Ullrich, Erfurt, vor der Tagung der XI. Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Halle, 16. Juni 1989; zit. nach: Tagesinformation Nr. 2 der Synode, S. 5.

¹ Vgl. EPD-Dokumentation Nr. 21/1989, Frankfurt/M., 12. Mai 1989.

tung erkannt wird [. . .] Es ist [. . .] ungläub-
würdig, wenn wir uns um die Einheit im
Glauben mühen, aber nicht auch gleichzeitig
bereit sind, das Zeugnis gemeinsamen Han-
delns auf der Grundlage eines gemeinsamen
christlichen Ethos zu geben [. . .] Von daher
würde ich es als katholischer Bischof begrü-
ßen, wenn es uns gelänge, die Stimmen der
Christen in diesem Land zu einem ein-
drucksvollen Zeugnis, etwa für einen Frieden
in Freiheit und Gerechtigkeit und Wahr-
haftigkeit, zu vereinen.“³

Diese Hoffnung hat sich erfüllt. In einem feierlichen Abschlußgottesdienst am Abend des 30. April 1989 nahmen die Vertreter der beteiligten Kirchen und Gemeinschaften in der Dresdner Kreuzkirche offiziell die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung entgegen. Es war ein symbolträchtiger Moment, mit dem die Verantwortung für das Erreichte nun den Kirchen zugefallen ist. Der Text bezeugt gelebtes Kirchesein. Im Vorwort sagen die Delegierten: „Die ökumenische Dynamik unserer Versammlung ist nicht umkehrbar . . . Gottes Geist führt uns als sein Volk zusammen.“ Im theologischen Grundlegungspapier wird „Die Gemeinschaft der Kirchen im Bund Gottes“ (3.2) reflektiert. Aufgrund gemeinsamer Erfahrungen „steht allen Kirchen eine Gemeinschaft vor Augen, in der die verschiedenen Traditionen nicht mehr Grund zur Trennung sind, sondern sich gegenseitig befruchten und bereichern. Alle Kirchen sind sich auch bewußt, daß sie den Weg zu dieser Gemeinschaft schon gemeinsam gehen sollen. Für die Gestaltung dieses gemeinsamen Weges ist der biblische Gedanke des Bundes hilfreich. Er erlaubt es, die Einheit der Kirche nicht uniformistisch, sondern als konkrete Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in pluralen Situationen zu leben . . .“ In unserem Bundesschluß gewinnen „die drei vorrangigen Optionen für die Armen, die Gewaltfreiheit und den Schutz und die Förderung des Lebens Gestalt“. „Hier wächst Einheit als konkret verbindende Verbindlichkeit, in der man mit Herzen, Mund und Händen einstimmt in den Bundeswillen Gottes.“

³ Zit. nach: Synodeninformation Nr. 1 der 2. Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Erfurt, 19. bis 23. September 1986, S. 3f.

Für die katholische Kirche in der DDR hat die Berliner Bischofskonferenz bereits Anfang Juni 1989 einen wichtigen Beschluß gefaßt. In einem Begleitbrief zu den zwölf Ergebnistexten der Versammlung heißt es: „Unsere Kirche sieht im vorliegenden Material wichtige Impulse und Anregungen für die weitere Arbeit. Somit werden die Texte der Ökumenischen Versammlung den Gemeinden im Bereich der Berliner Bischofskonferenz zur weiteren Bearbeitung und kritischen Sichtung zur Verfügung gestellt.“⁴ Die Weiterleitung der Beschlüsse an die Gemeinden ist danach nicht nur Voraussetzung, sondern Bestandteil des offiziellen Rezeptionsprozesses durch die katholische Kirche – ein Verfahren, das viel Verantwortung an die Gemeinden delegiert und sie dadurch als Rezipienten auf ungewohnte Weise in die Pflicht nimmt. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinden diese Chance wirklich erkennen und wahrnehmen. Die Arbeitsgruppe „Iustitia et Pax“ soll entsprechende Stellungnahmen erarbeiten und Hilfen für die Arbeit in den Gemeinden anbieten.

Mühsamere Verbindlichkeit bei evangelischen Kirchen

Das positive Echo der Bischofskonferenz könnte von einiger Bedeutung für den Rezeptionsvorgang in den evangelischen Kirchen in der DDR sein, die auf Grund ihres Kirchenverständnisses und daraus folgender komplizierterer Leitungsstrukturen zum Teil erhebliche Mühe haben, die Verfahren für einen je verbindlichen Prozeß der Übernahme der Beschlüsse zu klären.

Es gehört zu den überraschenden Erfahrungen des konziliaren Prozesses in der DDR, daß die katholische Kirche die erste war, die nach Dresden einen Rezeptionsbeschluß zu den Ergebnissen der Versammlung gefaßt hat. Im Dezember 1987 war sie die letzte, die sich erst nach langem Zögern zur vollen Mitarbeit bereit erklärte.

Ausdrücklich stellt die Bischofskonferenz den Prozeß der Rezeption der Ökumenischen Versammlung in den Kontext der „Förderung der ökumenischen Zusammen-

⁴ Informationen, Berichte, Materialien aus dem Bereich der Berliner Bischofskonferenz, hrsg. von der Pressestelle beim Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz, Berlin/DDR, 29. Juni 1989, 16.

arbeit“. Dieses Anliegen teilt sie mit allen Kirchen, die den gemeinsamen Weg der Versammlung mitgegangen sind. Im „Wort der Ökumenischen Versammlung an die Gemeinden“ heißt es: „Die neu erfahrene Gemeinschaft von 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften haben wir als kostbares Geschenk Gottes angenommen. Die ökumenische Dynamik unserer Versammlung ist nicht umkehrbar; wir haben sie als hoffnungsvoll für den weiteren Weg unserer Kirchen erlebt . . .

Eine Rückkehr hinter alte Mauern und in alte Spaltungen darf es nicht geben.“⁵

Xaver Pfister-Schölch

Der konziliare Prozeß in der Schweiz

Erstaunlich, was vor und nach der Europäischen ökumenischen Versammlung in Basel an konkreten Aktivitäten in der Schweiz verwirklicht wurde! Die guten Erfahrungen werden hier für die Arbeit der Pfarreien aufbereitet. Die Adresshinweise sollen es auch Nichtschweizern erleichtern, sich Informationen über einzelne Vorgänge zu beschaffen.

red

Der konziliare Prozeß in der Schweiz ist in den beiden vergangenen Jahren auf zwei Ebenen gelaufen, die nicht immer miteinander vermittelt waren. Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen der Schweiz hat 1988 ein Schweizerisches ökumenisches Komitee für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gegründet. Die Namen der drei Koordinatoren stehen für drei Bewegungen, die die Sache, um die es im konziliaren Prozeß geht, im Schweizer Kontext vorbereitet haben.

Madeleine Strub-Jaccoud war Präsidentin der Schweizerischen Evangelischen Synode, in der Schweizer Protestanten über Wesen und Auftrag der Kirche während fünf Jahren

nachgedacht haben. Die Schlußdokumente dieser SES sind in sieben Heften publiziert worden. Heft 2 trägt den Titel „Bund für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“¹.

Schwester Rita Emmenegger arbeitet im Friedensdorf St. Dorothea, im Flüeli-Ranft. Das Friedensdorf besteht seit 1983 und wird von katholischen Jugendverbänden und der Schwesterngemeinschaft St. Dorothea geführt. Es liegt im Flüeli-Ranft, dort, wo der Schweizer Friedensheilige Bruder Klaus gelebt hat. Die konkreten Ziele des Friedensdorfes werden im Konzept vom Sommer 1983 so umschrieben: „Frieden ist ein wesentlicher Bestandteil der christlichen Frohbotschaft. Diese wird insbesondere in der Friedensarbeit verwirklicht, und das bedeutet:

- Konflikte bewußt angehen, lernen, Konfliktherde zu erkennen und anstehende Konflikte auf allen Ebenen auszutragen.
- Gewalt vermindern, gewaltfreies Handeln üben und sich auf allen Ebenen für den Abbau von Gewalt einsetzen.
- Angst abbauen, mutiges Verhalten und aktive Toleranz üben.
- Not lindern, sich für eine soziale, gerechte Verteilung von ideellen und materiellen Gütern einsetzen.
- Unfreiheit abbauen, sich für Freiheit einsetzen und mitdenken, mitreden, mitbestimmen und Mitverantwortung gewährleisten“².

Pater Viktor Hofstetter, Provinzial der Schweizer Dominikanerprovinz, ist schließlich ein engagierter Vertreter der befreiungstheologischen Anliegen, arbeitet in der Basisgruppenbewegung der Schweiz und in der theologischen Bewegung für solidarische Entwicklung³ mit. Schließlich sind es Mitglieder der bischöflichen Kommission *Justitia et Pax* und des Sozialethischen Institutes des Schweizerisch-Evangelischen Kirchenbundes, die im Schweizer Komitee mitarbeiten.

Dieses Komitee hat seine Aktion, die bis ins Jahr 1991 dauern soll, im Jahr, in dem die Schweizerische Eidgenossenschaft ihr 700-

⁵ Wort der Ökumenischen Versammlung an die Gemeinden. Faltblatt, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR, Berlin, Juni 1989.

¹ Zu beziehen bei: F. Reinhardt-Verlag, Postfach, CH-4012 Basel.

² Friedensdorf St. Dorothea, CH-6073 Flüeli-Ranft.

³ Postfach 2522, CH-6002 Luzern.